

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.- M. im voraus zahlbar, von der Expedition sechs abgeholt 8,50 M. für Postbezugs nehmen sämtliche Verordnungen erlassen. Unter Drucklegung für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Porto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20.- M., für das übrige Ausland 23.- M. Verleger: Berlin C 2, Breite Straße 24.

Die schlesischen Kampfbroschüre über Herrn Kapp kostet 1.- M. einschließlich Erwerbssteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbssteuer. Deutliche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 2020, 2645, 4516, 4602, 4635, 4648, 4822

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Wahl des Oberbürgermeisters

### Stadtkämmerer Böß mit rechtssozialistischer Hilfe gewählt!

Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern die Wahl des Oberbürgermeisters vollzogen. Als Sieger ging der Stadtkämmerer Böß mit 109 Stimmen aus der Wahl hervor, unser Kandidat Genosse Dr. Wenig vereinigte 65 Stimmen auf seine Person.

Noch bis zum Eintritt in die Wahlhandlung war unklar, wie das schließliche Ergebnis sein würde. Die bürgerlichen Parteien hatten sich teilweise kurz vor der Sitzung endgültig entschieden, so die Wirtschaftliche Vereinigung und die Deutschnationalen. Die Frage war nur, würden diese Parteien sich an der Wahl beteiligen oder würden sie Stimmhaltung üben. Die Haltung der deutschen Volkspartei für Böß stand fest, und als ihr Mitglied, der Reichsminister Scholz den Saal betrat, war jeder Zweifel beseitigt. Die Demokraten hatten sich von vornherein für Böß ins Zeug gelegt, und kurz vor der Abstimmung ließ sich der fränke Stadt- und verordnete Cassel in den Saal tragen, um für Böß die Stimme abzugeben.

Zu Beginn der Abstimmung gab die Fraktion der Deutschnationalen Partei eine Erklärung zur Wahl ab, die der Vorsteher, ohne sie zu verlesen, zu Protokoll gab. Diese Erklärung richtete sich gegen die sozialistische Stadtverwaltung und hat folgenden Wortlaut:

Zurück verhalten des schlafenden Bürgertums am 20. Juni 1920 und durch die allen Grundfähen der Demokratie Böhm sprechende Gewaltpolitik der roten Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat der Magistrat eine Zusammenfassung erhalten, die nach unserer Überzeugung eine schlagende Lösung der gewaltigen Gemeindefragen der Stadt Berlin, unmöglich macht. Dieses System hat Berlin in kurzer Zeit dem Zusammenbruch nahe gebracht. Mögen die die Verantwortung für diese Zustände tragen, die sie herbeigeführt haben. Die beiden Bewerber um den Posten des Oberbürgermeisters sind nach unserer Ansicht heute wenig geeignet, in dieser schwersten Zeit Berlin zu retten. Wir hoffen auf die Zukunft und überlassen die Gegenwart denjenigen, die sie verschuldet haben.

Diese Erklärung soll nur die Aufmerksamkeit von den eigentlich Schuldigen ablenken, welche die Verantwortung tragen, daß wir in diesen Sumpf hineingeraten sind. Die Deutschnationalen verfahren nach dem Rezept: Halte den Dieb! Nach dieser Erklärung mußte angenommen werden, daß die Deutschnationalen sich der Stimme enthalten würden. Das ist aber, wie die Abstimmung ergab, nur zum Teil geschehen. Es waren 215 Stimmentel eingekommen.

dapon fünf unbeschrieben, einer ungünstig, fünf waren zerplittert. Die absolute Mehrheit betrug 105. Es erhielten Böß 109, Wenig 65. Da eine Uebereinstimmung der Zahl der abgegebenen Stimmen mit der Liste nicht vorhanden war, erhob die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion zunächst Protest. Nachträglich wurde die Zahl der Anwesenden und Abstimmenden festgestellt, und in einem Nachtragsprotokoll wurde nunmehr die Richtigkeit der Abstimmenden mit der Zahl der abgegebenen Stimmen festgestellt, und daraufhin zog unsere Fraktion ihren Einspruch zurück. Unser Kandidat hat außer den Stimmen unserer Partei und denen der Kommunisten 14 Stimmen von bürgerlichen Mitgliedern erhalten, und es stand von vornherein fest: Würde die Wahl Wenigs lediglich mit Hilfe der Deutschnationalen gegen eine sozialdemokratische Partei möglich geworden, so hätte unser Kandidat im Einverständnis mit unserer Partei ein ihm unter solchen Umständen zugedachtes Amt abgelehnt.

Das Kennzeichnende dieser Wahl ist die Tatsache, daß die Wahl Böß, nur durch das Verhalten der Rechtssozialisten möglich geworden ist. Sie sind ihrem Fraktionsbeschluss entsprechend für die Wahl des Antisozialisten Böß eingetreten und haben dadurch die Wahl eines Sozialisten verhindert. Sie haben das Band mit den anderen sozialistischen Parteien im Rathaus gerissen und haben Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien gemacht, denselben bürgerlichen Parteien, die dauernd sozialistische Arbeit diskreditieren. Die bürgerlichen Parteien danken den Sieg ihres Kandidaten den Rechtssozialisten, die sich mehr zu ihnen, als zu den sozialistischen Gruppen hingezogen fühlen. Die Rechtssozialisten können für ihr Verhalten keinen einigermassen plausiblen Grund angeben. Sie müssen wissen, daß der Magistrat in seiner heutigen Zusammensetzung nur gelähmt werden kann durch die Wahl eines Oberhauptes, wie es der neue Mann darstellt. Die Wahl richtet sich also gegen die sozialistischen Magistratsmitglieder und gegen jede sozialistische Arbeit überhaupt. Während auf der einen Seite die Kommunisten eine Taktik verfolgen, die sozialistische Arbeit diskreditiert, wenden sich auf der andern Seite die Rechtssozialisten den bürgerlichen Elementen zu und stärken ihren Einfluss.

So zeigt dieser Wahlausgang von neuem, daß nur die Unabhängige sozialdemokratische Partei die einzige Partei ist, die im Rathaus fest entschlossen wirklich sozialistische Politik macht und diesen Weg verfolgt, ohne sich von links noch von rechts zurück zu lassen.

(Siehe auch Seite zwei.)

## Die Sozialisierung

### des Kohlenbergbaues

Stellungnahme und Beschlüsse der A. D. G. B.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte in seiner Dezembertagung zur Prüfung der zahlreich vorliegenden Vorschläge betreffend die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft einen Unterausschuss eingesetzt, der seine Arbeiten in mehreren Sitzungen erledigte und auf der am 20. Januar geschlossenen Tagung des Gewerkschaftsausschusses Bericht erstattete. Er unterbreitete ein aus 20 Leitfäden bestehendes Sozialisierungsprogramm, das sich im wesentlichen an den Vorschlag Ledebur-Hilferding der Sozialisierungskommission anlehnt, ihn aber in einigen Punkten modifiziert, ferner eine Entschlieung, die den Inhalt der Leitfäden in gedrängter Kürze wiedergibt und sich gegen die von der Reichsregierung beliebte Behandlung der Kohlensozialisierung wendet, sowie endlich eine Protesterklärung gegen die Absicht des Reichswirtschaftsministers, die Sozialisierungskommission zu beseitigen. Sämtliche Vorlagen wurden vom Bundesausschuss einstimmig angenommen.

### Die Entschlieung zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues

Die im Ausschuss des A. D. G. B. vertretenen Vorstände der deutschen Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Mit Bestreben müssen die Gewerkschaftsvorstände feststellen, daß die Reichsregierung die den Gewerkschaften am 20. März 1920 gegebene Zusage der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige ebensowenig erfüllt hat, wie das den Bergarbeitern anlässlich der Durchführung des Span-Akkommens gemachte Versprechen, den Kohlenbergbau gemeinwirtschaftlich zu organisieren. Auch die Regierungserklärungen vom 5. August, vom 22. September und 8. Oktober 1920 sind bisher uneingelöst geblieben. Anstatt den gegebenden Körperschaften einen Gehaltswunsch zur beschleunigten Erledigung zu unterbreiten, verläumt die Reichsregierung die Zeit damit, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit der Begutachtung von Gutachten der Sozialisierungskommission zu beschäftigen, um eine wirkliche Sozialisierung zu verschleppen oder gänzlich zu verhindern. Die Gewerkschaftsvorstände erklären, daß kein irgendwie geartetes Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die Reichsregierung von der Erfüllung ihrer gegenüber der Arbeiterschaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann.

Die Gewerkschaften können eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nur von einem Gesetz erwarten, das folgenden Bedingungen entspricht:

- I. Alle Erdschätze gehören der Nation.
- II. Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinwirtschaftlich organisiert.
- III. Das gesamte Eigentum an Bergwerken und zugehörigen Anlagen wird (gegen Entschädigung der Besitzer) auf einen Gemeinwirtschaftskörper übertragen.
- IV. Die Kohlenbewirtschaftung soll einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, ohne den Bezirken die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu verkümmern. Die Betriebe sind zu wirtschaftlich vorteilhaftesten Betriebseinheiten zusammenzufassen.
- V. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichstarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden.
- VI. Den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen ist ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben sowie in der Wirtschaftsführung zu sichern.
- VII. Die Preisregelung soll nach gefundenem volkswirtschaftlichen Grundfähen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen, so daß eine allmähliche Ablösung der aus der Enteignung herrührenden Schuldverpflichtung, sowie Rücklagen für den notwendigen Ausbau der Kohlenbergbauwirtschaft sichergestellt werden.

Abzulehnen ist jede Lösung, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken privatrechtlich erweitert oder zerplittert, anstatt es gemeinwirtschaftlich zusammenzufassen, oder die die Kohlenbergbauwirtschaft privatrechtlicher Ausbeutung weiterhin überläßt.

Der Ausschuss des A. D. G. B. hat unter diesen Gesichtspunkten keine Leitfäden für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zusammengestellt und fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, für dieses Programm in möglichster Geschlossenheit einzutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieser Forderung in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Sie erwarten indes, daß die Reichsregierung es nicht zu solchen folgenschweren Konflikten kommen läßt, sondern einedeigt ihrer Beziehungen und des einmütigen Willens weitesteter Volksteile die Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur raschen Tat werden läßt.

Die Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes ist von großer Bedeutung. Der Bund hat sich für die Sozialisierung des Bergbaues ausgesprochen. Er fordert die Geschlossenheit der proletarischen Front in diesem Kampfe und erklärt, die große Macht der 8 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für dieses Ziel einzusetzen. Wir möchten noch feststellen, daß auch die A. D. G. B.

## Briands Programmrede

Paris, 20. Januar.

In der Regierungserklärung, die heute nachmittag vom Ministerpräsidenten Briand in der Kammer und vom Minister des Innern Barraud im Senat verlesen wurde, heißt es u. a.: Die Regierung erkennt die Größe und die Schwierigkeiten und erklärt sich bereit, ihnen die Stütze zu bieten. Aber sie weiß, daß diese Schwierigkeiten unüberwindlich wären, wenn sie nicht das volle Vertrauen und die enge Zusammenarbeit der beiden Kammern genies. Wir haben einen Friedensvertrag mit Deutschland, aber wir haben noch nicht den Frieden, den wahren Frieden, den einzigen, der dauerhaft und von Bestand sein kann, den Frieden der Gerechtigkeit und der Moral, der die wirtschaftlichen Rechte Frankreichs bekräftigt und die Sicherheit Frankreichs befestigt. Wir werden diese Sicherheit nur erlangen, wenn Deutschland entschlossen ist, das für unser Land eine Lebensfrage, die der Regierung die erste und feierlichste ihrer Pflichten vorsetzt. Der Wiederaufbau unseres verwüsteten Bodens, unserer zerstörten Industrien und das Gleichgewicht unserer Finanzen ist nur möglich, wenn Deutschland die Reparation leistet, die der Friedensvertrag ihm auferlegt.

In dieser Hinsicht werden die Alliierten uns ihre Unterstützung gewähren. Wir verlangen das im Namen des Rechtes und der Gerechtigkeit, für die wir gekämpft und für die wir gekämpft haben. Die Völker sehnen sich nach der Wiederaufnahme des Warenverkehrs. Aber die Rückkehr zu normalen Beziehungen ist nur dann möglich, und das Rückkehr, das auf der Welt laßt, kann nur dann gestreut werden, wenn die fürchterliche Ungerechtigkeit von gestern wieder gutgemacht wird. Deutschland ist befreit, aber seine Freiheit ist gefährdet; seine produktiven Kräfte sind ganz gelähmt, und selbst die Bewegung des Wirtschaftes, wie sie ihm die Niederlage auferlegt hat, öffnet ihm im weitesten Maße die Hoffnung auf wirtschaftliche Ausdehnung.

Es ist nötig, Deutschlands schnelle Wiedererhebung voranzutreiben. Fern liegt uns der Gedanke, ihm Hindernisse zu bereiten, aber der Widerstand zwischen dem Wohlergehen des Volkes, das der Angreifer war, nach seiner Niederlage und dem Ruin des Volkes, das den Sieg davongetragen hat, das ist eine Herausforderung der elementarsten Gesehe, die Frankreich nicht annehmen kann.

Wir haben die Gewalt. Wir könnten, und wir würden es verdienen, uns ihrer zu bedienen, wenn es nötig wäre, ihm den Frieden vor allen unterworfenen Verpflichtungen aufzuzwingen. Aber das republikanische Frankreich ist seinem Welen nach friedlich, und in Frieden wollen wir Deutschland zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen dringen. Frankreich verlangt alles, was ihm zusteht. Es ist vernünftig; es verlangt nicht, was

unmöglich ist. Aber was jetzt geschehen muß, das ist, daß alle Möglichkeiten der Bezahlung seitens des Schuldners in Geld, in natura und in Beteiligungen aller Art zum Vorteil des Gläubigers durchgeführt werden. Das ist nur Gerechtigkeit. Es ist unsere Ansicht, daß dieses Ziel nur durch eine enge Eintracht zwischen den Verbündeten erreicht werden kann. Diese Eintracht ist die grundlegende Bedingung für die Regelung aller Fragen, die die tatsächliche Wiederherstellung des Friedens aufhalten. Wir werden alles tun, um diese Freundschaft aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln, und haben die feste Zuversicht, daß unser großer Freund und Verbündeter England uns darin mit allen Kräften unterstützen wird. In der Tat kann nichts mehr die Beziehungen der beiden großen Länder trüben, die gelernt haben, sich besser zu verstehen und sich zu schätzen in den schweren Kämpfen, wo sie gemeinsam ihr Blut vergossen haben. Ihre herzliche Verbindung ist es, die den Frieden der Welt sichert, mag es sich handeln um die Ausführung des Versailles Friedensvertrages, um die Regelung der Orientfrage, um die Aufrechterhaltung des durch die Verträge mit Mitteleuropa geschaffenen Friedens oder um die Beziehungen, die mit den Völkern im Osten Europas zu unterhalten sind.

## Die Schadenersatzforderung

SR. Paris, 20. Januar.

Zur Einleitung der Sitzung des Obersten Rates wird die Wirtschaftskonferenz von Brüssel in Paris fortgesetzt. Die Alliierten haben vorgeschlagen, daß Deutschland während 5 Jahren Annuitätenzahlungen in Naturalien oder in Wertes leistet, die aus dem Ueberfluß der deutschen Ausfuhr resultieren. Wenn Deutschland diesen Vorschlag annimmt, diese Annuitäten zu zahlen, die mindestens 3.000.000.000 Goldmark betragen sollen, dann wird der Hauptbetrag festgesetzt werden. Vielleicht wird Deutschland auf Grund des Versailles Vertrages fordern, den wirklichen Betrag seiner Verpflichtungen zu erfahren, bevor es sich bindet. In diesem Fall wird die Reparationskommission dann den Betrag feststellen.

## Gegen die bayerische Reaktion

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

München, 20. Januar.

Der Widerstand gegen die Reaktion in Bayern nimmt mehr und mehr an Schärfe zu. Die Gewerkschaften Nordbayerns hatten zu heute eine Vertreterkonferenz nach München einberufen, um gegen den Ausnahmezustand Protest zu erheben.

die zusammenfassende Organisation der Arbeiter, auf dem Boden dieser Beschlüsse steht.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat von Anfang an die Bedeutung des Kampfes um die Sozialisierung des Bergbaues hervorgehoben. Wir haben auf unserem Parteitag in Halle diese Forderung proklamiert, und unsere Fraktion hat durch die Einbringung der Gesetzesvorlage auch parlamentarisch den Kampf vorbereitet. Immer wieder haben wir betont, daß es sich dabei um eine große und wichtige Auseinandersetzung zwischen den beiden Klassen, der Bourgeoisie und dem Proletariat handelt, um ein schweres Ringen, bei dem die ganze Kraft der Arbeiterklasse sammelgefaßt und eingesetzt werden muß.

Es ist klar, daß die Entscheidung über die Kohlensozialisierung in letzter Instanz davon abhängt, welche Kraft und welche Energie die Arbeiterklasse selbst aufwenden wird. Die Führung der Gewerkschaften gibt mit ihrer Entscheidung das Signal zum Kampfe. An den Massen ist es jetzt, ihrerseits dafür zu sorgen, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sich zusammenschließen, damit dieser Kampf mit der gesamten Kraft der Arbeiterklasse durchgeführt werden kann.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat von Anfang an diese Notwendigkeit betont, und sie darf mit Genugtuung feststellen, daß ihr Standpunkt jetzt im wesentlichen auch von den Gewerkschaften angenommen wird. Unsere Partei wird, wie bisher, aber mit verstärkter Siegeszuversicht, den Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues weiterführen können, im Bewußtsein, damit der Nachterweiterung der Arbeiterklasse und dem Fortschritt des Sozialismus zu dienen.

### Die Sozialisierungskommission

Je mehr die Reaktion erstarbt, desto offensichtlicher proklamiert die Bourgeoisie ihr Ziel der uneingeschränkten Wiederherstellung der Kapitalherrschaft. Daraus erklärt sich auch, daß in letzter Zeit sich die Angriffe gegen die Sozialisierungskommission häufen, obwohl diese zunächst nur eine wissenschaftliche Untersuchungskommission sein kann. Im Reichstag haben namentlich Vertreter der Rechtsparteien ihre Auflösung verlangt, während schlaue Leute daselbe Ziel erreichen möchten, indem sie die Kommission ihrer Unabhängigkeit berauben und sie dem Reichswirtschaftsrat unterstellen möchten. Herr Scholz, der Wirtschaftsminister, ist als Angehöriger der Deutschen Volkspartei diesen Plänen sehr gewogen. Es ist deshalb nur zu begrüßen, wenn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dagegen Stellung nimmt. Er veröffentlicht folgende

#### Erläuterung

Der Reichswirtschaftsminister hat im Reichstag wiederholt den Gedanken erörtert, die Sozialisierungskommission aufzulösen und ihre Funktionen auf den Reichswirtschaftsrat zu übertragen.

Der Ausschuss des A. D. G. B. erachtet es gegenüber solchen Plänen für notwendig, daran zu erinnern, daß die Wiedereinsetzung der Sozialisierungskommission erfolgt ist auf Grund der Vereinbarung vom 20. März 1920 zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaftsverbänden zum Zweck der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Die Kommission hat die Aufgaben der wissenschaftlichen Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Ziele der Sozialisierung. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgaben infolge seiner Zusammensetzung nicht lösen, wie seine Behandlung der Frage der Kohlenwirtschaft zeigt. Die Sozialisierungskommission hat ihre Arbeiten auch bei weitem noch nicht erledigt, da sie Untersuchungen über den Kalibergbau, über das Bau- und Wohnungswesen, über die Eisenwirtschaft und über die Energiewirtschaft teils in Durchführung, teils vorbereitet hat. Die Reichsregierung selber hat ihr obendrein die Prüfung des Verkehrswezens übertragen. Unter diesen Umständen wäre die Auflösung der Sozialisierungskommission einer Sabotierung des in der Verfassung festgesetzten Gedankens der Sozialisierung gleichzuachten.

Die Gewerkschaften legen gegen diese Absichten des Reichswirtschaftsministeriums die entschiedenste Verwahrung ein und erklären, daß sie gewillt sind, eine solche Verletzung des Abkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

### Die Kommunisten und die Eisenbahner

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht die vom erweiterten Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes angenommene und von uns gestern zum Abdruck gebrachte Resolution, die sich gegen das kommunistische Treiben in den Gewerkschaften wendet. Sie knüpft daran ein wüßtes Schimpfen und benutzt außerdem die Gelegenheit, um gegen die Leitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes scharf zu machen, weil sie den Eisenbahnerstreik abgewürgt habe. Die Resolution sei vom erweiterten Vorstand verfaßt worden, „um mit echter Gaunermentalität... dem Unwillen der Mitglieder eine andere Richtung zu geben“.

Was die „Rote Fahne“ berechtigt, einen Unwillen der organisierten Eisenbahner über die Entscheidung der vereinigten Verhandlungsleitungen in der Lohnbewegung anzukündigen, wissen wir nicht. Es ist möglich, und sogar wahrscheinlich, daß unter den Eisenbahnern Unzufriedenheit herrscht, denn die Zugeständnisse, die die Regierung ihnen gemacht hat, sind, wie wir stets betont haben, mehr als dürftig. Fraglich ist indes, ob es berechtigt wäre, diesen Unwillen gegen die Verhandlungsleitung zu richten.

Die Frage, ob die von den Eisenbahnerverbänden bei der jüngsten Lohnbewegung geliebte Taktik richtig oder falsch war, ist nicht zu beantworten, wenn man die Eisenbahnerbewegung isoliert betrachtet. Die Bewegung der Eisenbahner war von vornherein ein Teil der gesamten Arbeiterbewegung. Sie war untrennbar mit dieser verknüpft durch das Befolgungsgebot. Als die ersten Drohungen der Regierung gegen streikende Beamte bekannt wurden, wies der Deutsche Beamtenbund zurück und schwächte damit die Stoßkraft der Bewegung auf das Äußerste. Nur die dem Deutschen Beamtenbund angeschlossene Reichsgewerkschaft der Eisenbahner trotzte gegen die Drohungen der Regierung auf und nahm das Recht des Streiks für ihre Mitglieder in Anspruch. Durch dieses Verhalten der Reichsgewerkschaft wurde es möglich, die Einheitsfront der vier Eisenbahnerverbände herzustellen und die Regierung

auf solche Art zu neuen Verhandlungen und einigen weiteren, wenn auch schädlichen Zugeständnissen zu zwingen. Bei alledem aber mühten die Eisenbahner die gesamte übrige Beamtenschaft im Schlepptau nach sich ziehen, und diese zum Kampf keineswegs entschlossene Masse hemmte ihren Schritt. Für die Eisenbahner entstand diese außerordentlich schwierige Situation dadurch, daß die Eisenbahnerbefolgung nur ein Teil der Befolgung aller Staatsbediensteten ist. Alle Lösungen, die für die Eisenbahner gefunden wurden, mühten wohl oder übel auf die gesamte Beamtenschaft angewandt werden, wodurch die Kosten summe, die der Staat dafür verausgabte, sich ins Vielfache steigerte. So kämpften die Eisenbahner zwar für die Gesamtbeamtenschaft, ohne indes Unterstützung bei ihnen zu finden. Im Gegenteil, die Masse der Beamten hing ihnen wie ein Bleigewicht am Bein.

Allerdings werden die Eisenbahner selbst über diese Dinge zu urteilen haben und wir wollen ihnen keineswegs vorgreifen. Eins ist indes sicher. Eine gewerkschaftliche Bewegung kann nur von den Gewerkschaften selbst unter Führung der dafür geeigneten Körperschaften geleitet werden. Auch über ihre Beendigung kann nur die Gewerkschaft selbst bestimmen. Es ist ganz unmöglich, eine solche Bewegung in bestimmte Bahnen zu drängen nach dem Willen und durch den Einfluß einer außerhalb der verantwortlichen Organisationen stehenden Körperschaft, etwa einer politischen Partei. Das aber war von vornherein die Absicht der Kommunisten, und daher ihre Enttäuschung. Wir haben während der Bewegung wiederholt darauf hingewiesen müssen, daß die kommunistischen Kommandos in einzelnen Bezirken mehrfach verstoßen, und zwar, wie es den Anschein hat, unter einheitlicher Leitung, spontane Streiks kleiner Eisenbahnergruppen zu inszenieren, um so den großen Streik, wie sie wähten, unvermeidlich zu machen. Durch solche Versuche, aus denen die schwersten Gefahren für die Erhaltung der Einheitsfront der durchaus nicht in ihrer Gesamtheit freigewerkschaftlich organisierten und geschulten Eisenbahner entstehen mühten, wurde den Verhandlungsleitungen ihre Tätigkeit ebenfalls erschwert. Es ist mehr als wahrhaftig, daß die auch durch solche unverantwortlichen Unternehmungen in die Reihen der Eisenbahner getragene Unsicherheit dazu beigetragen haben, daß die Verhandlungsleitungen sich gezwungen sahen, die Lohnbewegung schnell zu Ende zu bringen.

Im übrigen wird auf die Bewegung noch zurückzukommen sein, nachdem nunmehr die Verhandlungen des Reichstags über die neue Befolgungsvorlage erledigt und die Zugeständnisse an die Eisenbahner Geleß geworden sind.

### Die Lage in Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Kattowitz, 20. Januar.

Die Unklarheit in Oberschlesien ist noch immer im Zunehmen begriffen. Irgendwelche ernsthafte Maßnahmen zur Beilegung der unerfreulichen Zustände sind seitens der Interalliierten Kommission noch immer nicht getroffen worden. Sie und da wird ein Auto nach Waffen untersucht, ab und zu gelangt es, durch eine Hausdurchsuchung ein Waffenlager auszubeden. Aber diese zufälligen Erfolge reichen selbstverständlich nicht aus, um die für die Abtötung notwendige Ruhe und Ordnung zu schaffen. Die Haltung der Interalliierten Kommission wird mit jedem Tag unerfreulicher. Entweder hat man in

Oppeln völlig die Nerven verloren, oder die Interalliierte Kommission hat es längst aufgegeben, eine ruhige Abstimmung herbeizuführen.

So ist vor kurzem ein Erlaß ergangen, daß auf alle Personen, die die Grenze unerlaubt überschreiten, sofort geschossen werden soll. Dieser Befehl würde, wenn er zur Durchführung gelangte, erheblich zur Wiederherstellung der Ruhe im Lande beitragen, aber selbsterweise hat sich die Interalliierte Kommission nicht entschließen können, diesen Befehl zu veröffentlichen. Unter Berichterstatter hat erst kürzlich die Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß die Grenze sich in einem fast völlig unbewachten Zustande befindet. In Rzeszow steht ein ganzes Bataillon der interalliierten Truppen. Es hat sich aber nicht im geringsten an der Bewachung der Grenze beteiligt, sondern diese Aufgabe der meist unzuverlässigen und schwachen Abtötungspolizei überlassen. Es ist die höchste Zeit, daß die Interalliierte Kommission energisch dem Treiben der Verbrecherbanden entgegentritt, sonst dürfte es kaum gelingen, eine ruhige Abstimmung herbeizuführen.

Am Mittwoch, den 19. Januar, wurde durch die Abtötungspolizei Hindenburgs in dem Dorfe Rakoschau bei dem polnischen Mitglied des Paritätischen Ausschusses, Adam Bartnik, ein großes Waffenlager entdeckt. Beschlagnahmt wurden 136 Gewehre, mehrere Kisten mit Gewehr-Munition und Handgranaten im Gewicht von über 4 Zentner.

### Gemeindegewählerfolge in Ostschlesien

In Ostschlesien finden jetzt in vielen Orten Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen statt. Die bisher vorliegenden Ergebnisse sind ein glänzendes Zeugnis für die Werbekraft der U. S. P. In der Stadt Kamenz, in der wir bei der letzten Wahl gar keinen Vertreter hatten, errangen wir diesmal vier Sitze. In dem Orte Schönau im Bezirk Pirna auf den ersten Wahlsitz 8 Sitze, und damit die Mehrheit im Gemeinderat. In Kleinziechitz und Grockotta ist das Ergebnis ähnlich. Auch hier haben wir die absolute Mehrheit in der Gemeindevorstellung. In der Stadt Dohna multierten wir das letzte Mal einen Vertreter, diesmal 6. Überall ist zu konstatieren, daß unsere Stimmensziffern gegenüber den letzten Landtagswahlen gewaltig gestiegen sind. In Kamenz z. B. um das Doppelte. Die Schwäche, die damals zu verzeichnen war, und die hauptsächlich durch die Differenzen mit den Realkommunisten bedingt war, wird also überall ausgeweht. Die U. S. P. marschiert!

Stark verurteilt. Der Prozeß gegen Heinrich Stark wegen Verleumdung, begangen an Staatsanwalt Gutzjahr, wurde gestern zu Ende geführt. Stark wurde zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die täglichen Lügen. Die Kommunisten verbreiten die Mitteilung, daß die Unabhängige Fraktion einer Kranzniederlegung am Grabe Bethmann Hollwegs zugestimmt hätte. Diese Mitteilung ist falsch, es ist im Gegenteil dem Reichstagsbureau sogar offiziell mitgeteilt worden, daß die Unabhängige Fraktion es ablehnt, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen.

Medlenburgisches Intermezzo. In der Vermittlungssitzung des medlenburgischen Landtages am Donnerstag gab Ministerpräsident Stellung die angekündigte programmatische Regierungserklärung ab, in der er sich u. a. scharf für ein Verbot der Selbstschutzorganisationen aussprach. Hierauf stellte Abgeordneter Kniebusch (Deutschnarr.) den Antrag auf Auflösung des Landtages, der von den Kommunisten unterstützt wurde.

## Wahlakt und Steuervorlagen

### Die Beratungen im Stadtparlament

Die gestrige Stadterordnetenversammlung stand unter dem Zeichen der Oberbürgermeisterwahl. Die bürgerlichen Parteien hatten alles aufgegeben, um ihren Kandidaten, Stadtkämmerer Böck, durchzubringen. Nicht nur der vollparteiliche Reichswirtschaftsminister Scholz, der in der letzten Zeit nie einer Sitzung beigewohnt hat, war anwesend, sondern man brachte sogar den an den Folgen einer schweren Operation leidenden Stadtverordneten Cappel in den Sitzungssaal getragen, damit auch er an der Abstimmung teilnehmen konnte. Die Deutschnationalen hatten beim Präsidium eine Erklärung eingereicht, die ihre Stimmenthaltung ankündigte.

Nach einigen Mitteilungen wurde auf Wunsch des Magistrats Punkt 6 der Tagesordnung „Erhöhung der Verpflegungslöhne“ in den städtischen Krankenhäusern, vorweggenommen. Stadterordneter Bamberg (Demokrat) erstattete einen ausführlichen Bericht von den Ausschussberatungen über diese Magistratsvorlage und beantragte im Sinne des Ausschusses der Vorlage mit Wirkung vom 15. Januar zuzustimmen. Zu dieser Vorlage waren eine Anzahl Anträge eingegangen, u. a. von Gabel und Genossen dahingehend, die erste und zweite Klasse in den Krankenhäusern abzuschaffen und die Milderhaltung der Selbstkosten der Krankenhäuser durch die Kranken von einer ständigen Kommission zu prüfen, die sich aus Gewerkschafts- und Krankenkassenvertretern zusammensetzen soll. In der Debatte begründete der Stadterordnete Fromm (Volksp.) einen Antrag, die zweite Klasse bestehen zu lassen.

Auch nach 6 Uhr wurde die Sitzung zur Vornahme der Oberbürgermeisterwahl unterbrochen. Stellvertretender Vorsteher Schwarz leitete die Wahlhandlung. Nach dem unter allgemeiner Spannung bekanntgegebenen Wahlergebnis verteilten sich die Stimmen folgendermaßen:

Abgegeben wurden insgesamt 215 Stimmen. Davon 5 weiße Zettel, eine Stimme ungalta, also 6 unültige Stimmen. Von den 209 gültigen Stimmen entfielen:

auf Stadtkämmerer Böck 100 Stimmen, auf Vorsteher Dr. Wegl 95 Stimmen, zerstückelt waren 5 Stimmen.

Demnach ist der Stadtkämmerer Böck mit den Stimmen der Rechtssozialisten gewählt worden. Die Verkündigung des Wahlergebnisses löste demonstrativen Beifall der Bürgerlichen im Saal und auf der Tribüne aus, während die Rechtssozialisten von kommunistischer Seite mit einer Flut von Zwischenrufen überschüttet wurden.

Es folgt dann die Beratung über die

#### Erhöhung der Kur- und Verpflegungslöhne in Krankenhäusern

Thurm (U. S. P.) begründet einen Antrag Wegl und Genossen auf Festsetzung der Krankenhauskosten auf 16 Mark für Personen mit einem Einkommen unter 20 000 Mark auf 9 Mark. Redner widerspricht den Darlegungen der Frau Fromm (V. P.), daß die Klassenunterschiede für solche Kranken, die aus irgendwelchen Gründen einzeln liegen wollen, notwendig sei. Er weist ferner nach, daß das Bedürfnis nach Absonderung merkwürdigerweise nur bei den Zahlungsfähigen vorhanden sei. Es sei klar, daß die bessere Verpflegung der Grund für die Inanspruchnahme der 2. und 1. Klasse sei, die aber nur den Reichen möglich wäre.

Dittmer (S. P. D.) schließt sich der vorliegenden Form der Magistratsvorlage an.

Koch (Deutschnarr.) bestritt, daß die Aufnahme in Krankenhäuser je abhängig gemacht würde von der Zahlung eines Zuschusses. Redner tritt ebenfalls ein für die Beibehaltung der 2. Klasse. Bezüglich der Höhe der Kosten sei der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Weitere Darlegungen von bürgerlicher Seite ergaben das kräftigste Festhalten an den Privilegien der Bourgeoisie. In

der Abstimmung wird die Magistratsvorlage gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Abgelehnt wurde der Antrag Wegl auf Festsetzung der Sätze auf 16 bzw. 9 Mark, sowie die von den Kommunisten gestellten Anträge auf Aufnahme in Krankenhäuser ohne Rücksicht auf den Wohnort und Freigabe von Schlößern und Kalernen für die Unterbringung von Kranken.

Gegen die Vorlage über die Biersteuer wendeten sich Röder (Wirtsch. Ver.) und Meyer (Dem.). Meyer beantragt Rückverweisung an den Ausschuss.

Pfeiffer (Komm.) wendet sich ebenfalls gegen die Steuer als einer indirekten Steuer, die auf die Konsumenten abgewälzt werde.

Rechnungsdirektor Brandes weist darauf hin, daß die Steuer notwendig sei, weil in der Einheitsgemeinde nur einheitliche Steuerlöhne gelten können, sonst mühte bei dem Transport von einem Stadtteil in den anderen Steuer bezahlt bzw. herausgezahlt werden. Die Steuer sei so niedrig, daß weder von einer Abwälzung, noch von einer Preiserhöhung auch nur im entferntesten die Rede sein könne. Sie betrage noch nicht zwei Zehntel Viennais pro Glas. Die rechtlichen Bedenken seien gegenstandslos.

Dr. Herz (U. S. P.) ist für sofortige Annahme der Vorlage in der Ausschussfassung. Von einer Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten könne überhaupt bei ihren niedrigen Sätzen und dem jetzigen Bierpreis keine Rede sein. Die Festsetzung eines einheitlichen Steuerlöhnes für die Einheitsgemeinde Berlin ist dringend notwendig. Die Erhebung habe aber auch geleistet — und darin seien alle Sozialisten einig — daß die Abwälzung einmal eingeführt und eingebürgert indirekter Steuern keine Erleichterung für die Konsumenten bedeuten, sondern nur den Produzenten neue auf Kosten der Allgemeinheit. Wenn die Biersteuer abgelehnt würde, so würde das an dem jetzigen Bierpreis absolut nichts ändern, dafür würden aber die Berliner großen Brauereien, denen es ohne dies glänzend geht, den Betrag von einer Million, den bisher die Steuer eingebracht habe, in ihre Taschen heften können. Das könne die U. S. P. nicht verantworten, deshalb trete sie für die Annahme der Biersteuer ein.

Die Vorlage wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Beratung der Wohnungs-Zugusssteuer wird auf die nächste Sitzung verschoben, da die Zeit zu weit vorgeschritten ist. Es beginnt die Beratung der

#### Scherberzugssteuer.

Den Bericht für den Ausschuss erstattet

Dr. Herz (U. S. P.): Die Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit der Steuer seien nicht begründet. Sie ist bereits in zahlreichen Städten eingeführt. Die Ausschussmehrheit stellte auch die Auffassung, daß die Steuer unter den gegenwärtigen Umständen gerechtfertigt sei. Eine Belastung des Gewerbes trete nicht ein, denn sie werde von dem Staat bezahlt. Die Verpflegung darf nicht mit beizuerwerb werden. Der Ausschuss hat den Satz, daß dem die Steuer nicht erhoben werden soll, von 4 auf 5 Mark erhöht, weil gegenwärtig bereits in Herberger und Bergschleiden 3,50 und 4 Mark für die Benutzung eines Bettes bezahlt werde. Die Vorlage wird, nachdem Dörr (Komm.) sich für sie erklärt hat, angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Wirtschaftlichen Vereinigung über die Verringerung der Knechtelsteuer mit Zusatz. Der Antrag wird von Borzmann (Wirtsch. Ver.) in anderer Weise begründet. Da zu diesem Antrag mehrere Wortmeldungen vorliegen und es inzwischen 9 Uhr geworden ist, wird die Debatte auf die nächste Sitzung verschoben.

Bei der Erledigung der Vorlagen, für die keine Vorberatung vorliegen, kommt es zwischen dem Vorsteher Bruns und den Kommunisten zu einer heftigen Schimpfgespräch, die sich schließlich zu allen Vorlagen Redner gemeldet haben, mit dem Schluß der Versammlung um 9 1/2 Uhr endet.





Die Brüder Strauß vor den Geschworenen

Verbrecherischer Wille oder Macht der Verhältnisse?

Unter hartem Andrang des Publikums begann gestern der Prozess gegen die Gebrüder Emil und Erich Strauß wegen Mordes. Um nicht gewisse Elemente in den Zuhörer...

Der Angeklagte Emil Strauß ist zwölfmal vorbestraft, 1917 brach er aus dem Polizeipräsidium aus. Er beging dann wieder vier schwere Diebstähle, wurde wieder ergriffen und zu einer...

Die Gebrüder Strauß haben dann in der Nacht zum 3. Dezember 1919 gemeinschaftlich einen Einbruch in das Konfektionsgeschäft von Wilhelm Dreffel, Niederwallstraße 13-14, ausgeführt. Sie hatten bei der Angell. Frau Behrendt Unterschlupf gefunden...

Wie die heutige Gesellschaft Verbrecher züchtet

Zunächst wurde Emil Strauß vernommen. Er wurde von dem Vorsitzenden bei der Schilderung seines Lebenslaufes verblüffend unterbrochen, ließ sich aber nicht beirren. Wie Emil Strauß zum Verbrecher wurde, zeigte in grellen Schlaglichtern...

Der Angeklagte führte u. a. aus: Hier soll nach Recht und Gerechtigkeit über Tod oder Leben eines Menschen entschieden werden. Da ist es doch wohl notwendig, daß man die Person des Angeklagten und die ausschlaggebenden Momente seines Werdeganges kennen lernt. Mein Vater, heute ein würdiger Greis von 70 Jahren...

Tantilemen zahlen zu lassen. Der Mann war ein verlassener Kuchnecht, der nur nach Hause kam, um Kräfte zu machen und seinen Rausch auszuküpfeln. Meiner sogenannten Pflegemutter sah ihre erzieherische Aufgabe darin, daß sie mich zu Diebstählen anhielt.

Mein Vater heiratete dann zum zweiten Male, und zwar eine Frau, die weder lesen noch schreiben konnte, dafür aber uns Kinder desto mehr zum Lügen und Stehlen anhielt. Als 15-jähriger Junge wurde ich auf die Straße geschickt und zu jener Zeit belam ich Gedanken, die denen eines Karl Moor verwehrt ähnlich lauten. Tatsächlich habe ich damals mehrere Monate lang ein wahres Räuber- und Zigeunerleben geführt. Ich lernte dann einen Schlosser kennen, der mit Einbrüchen Bekanntschaft machte...

Der zweite Angeklagte, Erich Strauß

vernommen. Er war vom 12. bis zum 21. Lebensjahre in Fürsorgeerziehung. Er beschreibt ausführlich den Ausbruch aus dem Zuchthaus in Raugard und erzählt: Ich lernte nach meiner Flucht in Berlin einen ehemaligen Inhafteten der Raugarder Strafanstalt kennen. Da ich meinen Bruder von Herzen liebte und er viel zu hoch verurteilt worden ist, beschloß ich, ihn zu befreien. Wir hatten ja damals weiter nichts getan, als einige millionenschwere Kapitalisten von einem Teil ihres Ueberflusses befreien. Nach dem Gelingen der Tat leierte er mit dem Bruder und den Komplizen nach Berlin zurückgekehrt. Den hier in Berlin begangenen Einbruchsdiebstahl bei Wilhelm Dreffel in der Niederwallstraße 13-14 gibt der Angeklagte unumwunden zu. Zu der Erziehung des Wachmeisters Erdmann erklärt der Angeklagte u. a.: die Kriminalbeamten seien bei der Behrendt eingedrungen. Erdmann habe nach Geld gesucht und wissen wollen, woher die vielen Ausgaben stammten. Er sei bei der ganzen Begegnung mit den Beamten infolge des Genusses von Rotwein und Rummel sehr aufgeregt und bestürzt gewesen, wie er überhaupt durch den langen Aufenthalt im Zuchthaus sehr nervös sei.

Der Angeklagte Emil Strauß befand sich dann weiter, daß er, als er sah, daß es kein Entrinnen mehr gab, die Flucht gehabt habe, sich selbst zu erschießen. Er sei zu diesem Zwecke hinter eine Portiere getreten, habe seine Pistole hervorgeholt und geschossen, daß sich kein Patronenentwässerung darin befand. Als das Hineinschießen des Rahmens ein lautes Geräusch verursachte, sei Kriminaloberwachmeister Erdmann auf ihn zugeprungen. In diesem Moment habe er, ohne recht zu wissen, was er tat, die Hand hochgerissen und geschossen. Irigentlich habe er in diesem Augenblick bestimmt nicht gehabt. In diesem Augenblick habe auch sein Bruder geschossen. Strauß schildert dann, wie er nach der Tat mit seinem verwundeten Bruder von Wohnung zu Wohnung geteilt sei, bis ihm schließlich der Kriminaloberwachmeister Detmann eines Tages auf die Wade gerückt sei und sie verhaftet habe. Frau Behrendt, die Braut von Emil Strauß, will diesen als Emil Bogel, Autotechniker und Malter, gekannt haben.

Auch die Angeklagte Lehmann, die seit 20 Jahren Zimmervermietet, hat nach ihrer Behauptung die beiden Strauß für durchaus anständige Leute gehalten; nur unbedeutend daß könne von ihnen anders reden. Geheimrat Dr. Lippmann hatte auf gerichtlichen Antrag Erich Strauß auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. Nach dem Sachverständigen ist Erich Strauß vermindert zurechnungsfähig. Die Sachverständigen Geh. Medizinalrat Dr. Störmer und Dr. Berger befanden, daß der Angeklagte Enders ebenfalls erheblich minderwertig, wenn auch nicht geisteskrank sei.

Hierauf wurde der Kriminalwachmeister Krumholz vernommen, der bekanntlich am 9. Dezember mit dem erlöschenden Kriminaloberwachmeister Erdmann in die Wohnung in der Guineastraße ging.

Die nächsten Zeugen, die Kriminalwachmeister Kutzhaas und Martens waren ebenfalls in der Guineastraße und schildern in Uebereinstimmung mit den vorhergehenden Zeugen die Situation. Auch sie haben die beiden Strauß für nüchtern gehalten. Bei der Vernehmung der Zeugin Frau Kiegnitz, der Mutter der Frau Behrendt, kommt es zu einer kleinen dramatischen Szene. Die alte Frau, die von ihrer 60-jährigen Tochter in den

Saal geführt wird, verweigert ihre Aussage und erleidet beim Hinausführen einen Ohnmachtsanfall. Als dann vom Korridor aus ihre Schreie in den Saal hallen, schlüßte die Angeklagte Behrendt laut auf. Auch die Tochter läßt laut zu weinen an. Nachdem wieder Beruhigung eingetreten ist, werden noch verbliebene Zeugen vernommen, die als Gäste an der Geburtstagsfeier teilgenommen haben. Ihre Befundungen ergaben nichts wesentlich Neues.

Groß-Berlin

Die Kinderhilfe in Groß-Berlin

Das Sammlungsergebnis der „Deutschen Kinderhilfe“ in Groß-Berlin beträgt 6 1/2 Millionen Mark. Für die Deffektivität ist wichtig zu erfahren, welchen Zwecken die Beträge zugewendet werden. Darüber wird berichtet: Der Verteilungsplan sieht vor, daß ein großer Teil des Sammelergebnisses sofort verwandt wird. Unmittelbare Empfänger der Mittel sind diejenigen Stellen, die offene oder geschlossene Fürsorge treiben, d. h. Mütter- und Säuglingsheime, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten, Heilanstalten, besonders für tuberkulose, rachitische Kinder, Krippen, Kinderhorte usw. In der offenen Fürsorge wird für Beschaffung von Kleidung und Nahrung in enger Zusammenarbeit mit der Auslandshilfe gefordert.

Man soll die Verteilung des Geldes nicht auf die lange Bank schieben. Jeder mit Kinderhilfe Vertraute weiß, daß gerade das Hortwesen sehr Not leidet. So soll beispielsweise ein Kinderhort am 1. Februar geschlossen werden, der sich in der Schule Ruheplatzstraße 6-7 befindet, obwohl in der ganzen Umgebung sich kein Kinderhort befindet. Die Klagen der Mütter über diese Schließung sind groß. Hier könnte sofort eingegriffen werden. Und wie es hier geht, so geht es an vielen anderen Stellen. So lange die Gemeinde nicht selber in der Lage ist, das Hortwesen aus eigenen Mitteln zu unterhalten, und das muß schleunigst angestrebt werden, so lange muß mit Zuschüssen dafür gefordert werden, daß die bestehenden Horte über Wasser gehalten werden.

Kommunale Bewirtschaftung der Brennstoffe

Ausgehend von der Auffassung, daß die Sozialisierung der Kohle nur von größtem Vorteil für die Gesamtheit sein kann, wenn auch der spekulative Privathandel ausgeschlossen wird, tritt der Betriebsrat der Kohlenverwaltung des Magistrats Berlin für die Kommunalisierung der Brennstoffe ein. Er ist sich wohl bewußt, daß dem Magistrat momentan die nötigen Mittel fehlen, um den privaten Handel durch Ankauf zu verdrängen. Der Betriebsrat macht jedoch den Vorschlag, daß die schon bestehenden kommunalen Holz- und Kohlenplätze ausgebaut und mit geringen Kosten neu erschlossen werden, um auf diese Weise neben dem spekulativen Privathandel ein kommunales Konsumunternehmen aufzumachen. Die Kleinhandwerker, soweit sie sich zur sozialistischen Wirtschaftsform bekennen, also der Gemeinbewirtschaftung aller Werte zustimmen, müßten zur Mitarbeit herangezogen werden. Sie müßten ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen und ihre Geschäfte im sozialistischen Sinne weiterführen. In seiner Begründung bemerkt der Betriebsrat u. a.: „Es kann nicht oft und scharf genug betont werden, daß der Gewinn aus einer Versteigerung der Allgemeinheit zuzuführen ist, und nicht, wie es im System der kapitalistischen Wirtschaftsform liegt, zur Bereicherung eines einzelnen dienen darf. Wir Berliner Bürger sind in der Mehrzahl Sozialisten. Wenn wir uns alle gegenseitig verpflichten, von kommunalen Wirtschaftsplänen unsere Brennstoffe zu beziehen, führen wir uns damit den Gewinn selbst wieder zu. So erhalten wir uns unsere ureigenste Schöpfung, die sozialistische Gemeinde Berlin, lebensfähig.“

Das Berliner Kohlenwirtschaftsjahr läuft Ende März ab, d. h. die bis dahin geltenden Kohlenkarten, auf die wir die rationierte Kohle bekommen, wird durch die neue Karte abgelöst. Bei diesem Wechsel der Karten wird gleichzeitig die Kundenliste neu aufgelegt. Nun Genossen und sozialistisch denkende Bürger Berlins, tut Eure Pflicht und tragt Euch in die Kundenliste des kommunalen Brennstoffhandels ein!

Zur Belebung der Bautätigkeit. Um die Wohnungsbautätigkeit zu beleben, sollen in diesem Baujahr durch das Land Preußen 400 Millionen Mark an Baukostenzuschüssen zur Verteilung ge-

Carmen

Novelle

von Prosper Mérimée

Übersetzt von Franz Schnabel

Ich hatte immer die Geographen im Verdacht, daß sie oberflächlich verfahren, wenn sie das Schlachtfeld von Munda in das Gebiet der Baskuli-Poent, in die Nähe des heutigen Monda, ungefähr zwei Meilen nördlich von Marbella, verlegen. Nach meinen eigenen Mutmaßungen glaubte ich vielmehr annehmen zu dürfen, daß der denkwürdige Ort, wo César den letzten entscheidenden Schlag gegen die Kämpfer der Republik führte, in der Umgegend von Montilla zu suchen sei. Als ich zu Anfang des Herbstes 1830 in Andalusien war, machte ich eine ziemlich weite Exkursion, um die Zweifel, die mir noch geblieben waren, völlig zu beseitigen. Eine Denkschrift, die ich höchstens veröffentlichte, wird bei allen aufrichtigen Archäologen jede Ungewißheit in dieser Frage nehmen. Indem ich erwartete, daß meine Abhandlung endlich das geographische Problem löst, welches das ganze gelehrte Europa in Atem hält, will ich inzwischen eine kleine Geschichte erzählen, die freilich nichts über die interessante Frage nach der Lage von Munda entscheidet.

Ich hatte in Cordova einen Führer und zwei Pferde gemietet und hatte mich mit den Kommentarien Cäsars und einigen Hemden, meinem einzigen Gepäc, aufs Land begeben. Als ich eines Tages, von Müdigkeit erschöpft und gepeinigt von Durst, bei glühender Hitze den höher gelegenen Teil der Ebene von Cahena durchstreifte, wünschte ich schließlich César und die Söhne des Pompejus aus ganzem Herzen zu allen Teufeln, als ich ziemlich weit von dem Bilde, den ich verfolgte, einen kleinen, mit Schilf und Binsen bewachsenen Rasenflügel bemerkte, der mir anzeigte, daß eine Quelle in der Nähe war. Als ich dorthin ritt, sah ich, daß der vermeintliche Rasenplatz ein Sumpf war, in welchem in der Tat ein Bach sich verlor, der, wie es schien, in einer engen Schlucht zwischen zwei hohen Ausläufern der Sierra Cabra entsprang. Ich schloß daraus, daß ich weiter aufwärts frisches Wasser mit weniger Blutegeln und Fröschen, vielleicht auch inmitten der Felsen ein wenig Schatten finden würde. Am Eingange zur Schlucht wieherte mein Pferd, und ein anderes, das ich nicht sehen konnte, antwortete ihm sofort. Kaum hatte ich hundert Schritte gemacht, als plötz-

lich die Schlucht sich erweiterte und wie zu einem natürlichen Zirkus wurde, der von den hohen, ihn umgebenden Böschungen völlig umschattet war. Man hätte unmöglich einen Ort finden können, der dem Reisenden einen angenehmeren Aufenthalt versprochen hätte. Am Fuße steiler Felsen sprang sprudelnd die Quelle hervor und stürzte in ein kleines, von schneeweißem Sande bedecktes Becken. Fünf oder sechs herrliche grüne Eichen, immer geschützt vor dem Winde und durch die Quelle erfrischt, erhoben sich an ihrem Rande und bedeckten sie mit ihrem grünen Schatten, während um das Becken herum zartes schimmerndes Grün ein besseres Lager bot, als man zehn Meilen in der Runde in irgendeinem Wirtshaus hätte finden können.

Wir gehörte die Ehre nicht, zuerst einen so herrlichen Ort entdeckt zu haben. Denn es lagerte schon ein Mann da, der ohne Zweifel bei meinem Kommen geschlafen hatte. Durch das Gewieher aufgeweckt, hatte er sich erhoben und war zu seinem Pferde gegangen, das den Schlaf seines Herrn benutzte, um sich an dem Gras in der Nähe gütlich zu tun. Es war ein junger Bursche von mittlerer Größe, aber kräftigem Aussehen, mit finstrem und stolzem Blicke. Seine Gesichtsfarbe, die schön gewesen sein mochte, war durch den Sonnenbrand noch dunkler als seine Haare geworden. In der einen Hand hielt er das Halfter seines Tieres, in der anderen eine luxuriöse Pistole. Ich muß gestehen, daß die Pistole und das wilde Aussehen ihres Trägers mich zuerst ein wenig befremdeten; aber ich glaubte nicht mehr an Räuber, weil ich immer von ihnen hatte erzählen hören, ohne jemals einem zu begegnen. Im übrigen hatte ich schon so viele ehrsame Pächter, wenn sie zum Markte ziehen wollten, sah bis an die Zähne bewaffnet, daß der Anblick einer Säuwaffe kein Grund für mich sein konnte, die anständige Gesinnung des Unbekannten in Zweifel zu ziehen. — Und dann, sagte ich mir, was sollte er auch mit meinen Hemden und meinen Eschovir-Bändchen anfangen? Ich grüßte also den Pistolenträger mit vertraulichem Kopfnicken und fragte ihn unbesangen lächelnd, ob ich seinen Schlaf gestört habe. Ohne mir zu antworten, maß er mich von Kopf bis Fuß und betrachtete dann, wie befriedigt von seiner Prüfung, mit derselben Aufmerksamkeit meinen herankommenden Führer. Ich sah, wie dieser erleichte und stehenslieb, offenbar von Schrecken ergriffen. Schlimme Begegnung! sagte ich mir. Aber die Alchtheit riet mir sofort, keine Unruhe an den Tag zu legen. Ich sprang vom Pferde und befohl dem Führer abzulassen; dann kniete ich am Rande der Quelle nieder, tauchte Kopf und Hände hinein und trank einen tüf-

tigen Schluck, indem ich mich dabei wie die schlechten Krieger Gibeons auf den platten Bauh legte.

Inzwischen beobachtete ich meinen Führer und den Unbekannten. Der erstere näherte sich, obgleich widerwillig; der andere schien nichts Schlimmes gegen uns im Schilde zu führen, denn er hatte sein Pferd losgelassen und seine Pistole, die er vorher wagemutig hielt, zur Erde geworfen.

Da ich nicht glaubte, es übernehmen zu dürfen, daß man mit meiner Person anscheinend so wenig Umstände machte, streckte ich mich ins Gras hin und fragte den Pistolenträger mit lässiger Miene, ob er Feuerzeug bei sich habe. Dabei zog ich mein Zigarrenetui heraus. Der Unbekannte griff, immer noch ohne ein Wort zu sagen, in seine Tasche, nahm sein Feuerzeug und beüllte sich, mir Feuer zu machen. Er wurde offenbar gefälliger; denn er setzte sich mir gegenüber, ohne jedoch seine Waffe wegzulegen. Nachdem ich meine Zigarre angezündet hatte, suchte ich die beste von denen, die mir noch geblieben waren, heraus und fragte ihn, ob er raucht.

„Ja, mein Herr“, antwortete er.

„Es waren die ersten Worte, welche er hören ließ, und ich bemerkte, daß er das nicht auf andalusische Weise aussprach, woraus ich schloß, daß er gleich mir ein Reisender sei, nur gerade kein Archäologe.“

„Diese wird Ihnen sicherlich schmecken“, sagte ich zu ihm und reichte ihm dabei eine echte Havana.

Er neigte ein wenig den Kopf, zündete seine Zigarre an meiner an und dankte mir mit abermaliger Neigung des Kopfes; dann begann er mit anscheinend großem Vergnügen zu rauchen.

„Ah!“ rief er aus und ließ dabei langsam seinen ersten Zug durch Mund und Nase entweichen, „wielange habe ich nicht mehr geraucht!“

In Spanien begründet das Anbieten und Annehmen einer Zigarre gerade so gastfreundliche Beziehungen wie im Orient die Teilung von Brot und Salz. Mein Unbekannter zeigte sich gesprächiger als ich gehofft hatte; übrigens schien er, obwohl er sich für einen Bewohner des Gebietes von Montilla ausgab, das Land schlecht genug zu kennen. Denn er wußte weder den Namen des reizenden Tales, in dem wir uns befanden, noch konnte er irgendein Dorf in der Umgegend mit Namen nennen; und als ich ihn schließlich fragte, ob er in der Nähe keine zerstörten Mauern, breite Handziegel oder behauene Steine gesehen habe, gestand er ein, niemals auf derartige Dinge geachtet zu haben. Dafür zeigte er sich sehr erfahren in Pferden.

(Fortsetzung folgt.)

langen, von denen voraussichtlich etwa 40 bis 50 Millionen Mark auf die Stadt Berlin entfallen würden, was mit dem Kommunalanteil einer Gesamtsumme von höchstens 66 Millionen Mark entspricht. Da für die Vergabe der Mittel im wesentlichen die vorläufigen Bestimmungen Anwendung finden werden, lassen sich damit im Höchstfalle etwa 2000 Wohnungen errichten. Der Wohnungsverband hat im Jahre 1920 mit der Errichtung von 5000 Wohnungen in Groß-Berlin gerechnet, und sich für diese Anzahl mit Baustoffen eingebekkt. Durch das Versagen von Reich und Staat bei der Herabgabe von Mitteln war es jedoch nur möglich, etwa 800 bis 1000 Wohnungen im vergangenen Jahre zu errichten, so daß die Stadt Berlin die beschafften Baustoffe fast ganz übernehmen mußte. Es muß daher unter allen Umständen verlangt werden, daß mindestens die im Vorjahre geplanten 5000 Wohnungen erbaut werden, und ist es die dringende Pflicht des Reichs, seinerseits weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, soll nicht das gesamte Baugewerbe zusammenbrechen und das Heer der Arbeitslosen abermals um Zehntausende vermehrt werden.

**6. Verwaltungsbezirk (Halleisches Tor).** Heute, abends 8 Uhr, Sitzung der Bezirksversammlung, 4 1/2 Uhr Fraktionsitzung, Zimmer 4. Anwesenheit aller Mitglieder erforderlich.

**Milchlieferung.** Am Freitag, den 21. Januar, werden die 1/2-Liter-Krankentarten nur mit 1/2 Liter Frischmilch bedient. Die übrige Milchlieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Milchlieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden.

**Die Vorgänge in den Heimstätten von Buch.** Im Anschluß an die auch in der Presse erhobene Beschwerde von Inhabern der Heimstätten Buch über angebliche Urlaubsverweigerung wegen einer Teilnahme an einer Versammlung der Lungen- und Tuberkulose-Kranken hat das Heimstättenamt eine eingehende Untersuchung der Angelegenheit vorgenommen. Hierbei hat sich herausgestellt, daß allerdings in gewisser Weise die Beschwerden nicht als unbegründet anzusehen sind. Es ist demgemäß das Erforderliche veranlaßt, um eine Wiederholung solcher Vorfälle auszuschließen, und Anweisung ergangen, daß insbesondere auch Uebergriffe der Ärzte nicht mehr stattfinden.

**Schwere Unfälle.** Das 15jährige Dienstmädchen Ida Bohrowitz, das bei einer Herrschaft in der Darmstädter Straße in Halensee wohnte, wurde gestern in der Pariser Straße durch eine Kraftdrehle überfahren und erlitt einen Schädelbruch. Man brachte die Verunglückte nach dem Landeskrankenhaus in der Bialaburger Straße, wo sie bald nach ihrer Aufnahme verstarb. — Beim Verladen von Kohlen verunglückte der 62jährige Arbeiter Karl Gohm aus Steglitz. Er wurde von herabstürzenden Kohlenmassen begraben und erlitt so schwere Verletzungen am rechten Unterschenkel, daß er nach einem Krankenhause gebracht werden mußte.

Die 107. Brotkommission, Pappel-Allee 31 wird am 22. Januar 1921 mit der 110. Brotkommission dortselbst vereinigt. Die vergrößerte 110. Brotkommission eröffnet ihren Betrieb am 24. Januar. Den Vorsitz führt Rektor Preisner.

Für sofortige Aufhebung der alten Dienstanweisung und Einführung der kollegialen Schulerversammlung! Oeffentliche Kundgebung der reformwilligen Lehrer, Lehrerinnen (Akademiker, Seminaristen) und Eltern am Sonnabend, 22. Januar, 5 Uhr nachmittags, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium.

Kochstr. 13. Redner: Dr. Lorenz, Lehrer Kurth, Lehrer Kölling, Prof. Destrach.

**Alkoholfürsorge in Reutküll.** Alkoholfürsorge werden auf die von der Stadt Reutküll eingerichtete Trinkerfürsorge im Hause Richardstraße 118 aufmerksam gemacht, wobei ihnen die erforderliche fachkundige Beratung kostenlos zuteil wird. Die Fürsorge ist regelmäßig Sonnabends von 6-7 Uhr nachmittags geöffnet.

## Gewerkschaftliches

### Betriebsräte, Angestellten- und Arbeiterräte!

Die nächste Gruppenversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale findet statt: für Gruppe 8 (Landwirtschaft), Freitag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Gruppe 2 (Bauproduktion), Montag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, Max und Moritz-Saal, Kommandantenstr. 57.

Gruppe 3 (Bekleidungsindustrie), Montag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, Blauer Saal, Kommandantenstr. 57. Zutritt nur mit Legitimationskarten der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale und Mitgliedsbuch der Gewerkschaft. Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

**Streik im Scala-Restaurant.** Fast geschlossen legten am Sonnabend, den 15. Januar 1921, die gastwirtschaftlichen Angestellten im Scala-Restaurant die Arbeit nieder. Die Hauptbedingung, die Organisation anzuerkennen, lehnt der schneidige Herr Gräff ab. Die Angestellten lehnten es ab, sich durch Versprechungen, die nie gehalten wurden, wiederum einwiefern zu lassen und der Direktion Gelegenheit zu geben, hierdurch die Organisation auszuhebeln. Getreu den freigewerkschaftlichen Grundsätzen stehen sie jetzt zur Organisation und gehen nicht eher in den Betrieb, bis der entlassene Betriebsrat wieder eingesetzt und die restlichen Forderungen bewilligt sind. Am Montag haben die Arbeiter sich dem Streik angeschlossen. Die Lage ist durchweg ernst, und droht der Streik auch auf die übrigen Betriebe überzugreifen. Es liegt in den Händen der Direktion, des Gesamt-Scala-Unternehmens, ob sie sich durch den Vächter, Herrn Gräff, mutwilligerweise Schaden zufügen lassen will. Sollte die Direktion mit Gräff gemeinsame Sache machen, was wir jedoch nicht annehmen, müßte sie die Konsequenzen ziehen. Zentralverband der Hotel-, Restaurant- u. Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin.

Die Direktion des Scala-Theaters teilt mit, daß sie mit dem Streik nichts zu tun habe, da Theater und Restaurant getrennte Unternehmungen seien.

Zimmerer! Da unsere Vertrauensmänner auf den einzelnen Arbeitsstellen, laut Betriebsratsgesetz, die Rechte eines Betriebsobmannes haben, so ist es notwendig, daß sich ein jeder Vertrauensmann, um zu allen von der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale einberufenen Versammlungen der in Frage kommen-

den Körperschaften Zutritt zu erhalten, sich vom Arbeitgeber eine schriftliche Bestätigung als Obmann des Betriebes ausstellen läßt, der noch nicht im Besitz einer solchen ist. Weiter ersuchen wir unsere Vertrauensleute, die an den Unterrichtsferien zwecks Schulung der Betriebsräte, teilnehmen wollen, sich im Laufe dieser und Anfang nächster Woche bei uns auf dem Bureau zu melden, und einen Fragebogen ausfüllen. Das Unterrichtsbonus-tar eines Kurzus beträgt 6 Mark. Der Vorstand!

## Aus den Organisationen

3. Bezirk. Diejenigen Parteigenossen, die zur Landtagswahl auf dem Lande tätig sein wollen, werden gebeten, umgehend ihre Adressen an Genossen Kub. Schmidt, Kolbener Allee 36, abzugeben.

14. Bezirk. Freitag, 7 Uhr, Sitzung der kommunalen Kommission bei Koller, Gorkowskistr. 24.

Wilmersberg. Bildungskommission, Sitzung am Sonnabend, 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Seipke, Kronprinzstr. 47, Ecke Schwarzweberstraße. Genossen und Genossinnen, die sich an der Arbeit beteiligen wollen, sind dazu eingeladen.

Charlottenburg. Arbeiterklub, Montag, 24. Januar, abends 7 Uhr, Versammlung in der Aula Hindenburgschule, Gerickestraße. Schülerkassen sind verpflichtet, heute einzutreten. Sonnabend, abends 7 Uhr, Sitzung der Landtagstagen im Volkshaus.

Friedenau. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung des Ausschusses, neues Rathaus, Zimmer 149. Sonnabend nachmittag in der Expedition, Gerickestr. 40, Plafete abholen.

Weißensee. Heute, abends 7 Uhr, bei Neumann, Charlottenburger Str. 112, außerordentliche Sitzung der Agitationskommission und der Funktionäre. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend erforderlich.

Klein Schöneberg, Schöneberg. Sonnabend, 8 Uhr, Jahreshend im Kutscherkhanen, Mittelstraße. Tagesordnung: Wahlvorberatungen. Erscheinen aller Genossen dringende Pflicht. Mitgliedsbuch mitbringen.

## Bereinskalender

Wirtschafts- u. Betriebsräte u. a. heute, Freitag, 21. Januar, abends 7 Uhr, im Schillerpark-Kasino, Lindenstraße 30/31, Versammlung. Thema: Die Aufgaben des Wirtschaftsrates. Referent: Erik Klein. Wenn möglich, Mitgliedsbuch mitbringen, aber nicht Funktionäre sind, können auch kommen. Als-Gesellschaft Groß-Berlin.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Brande 4, Cafébesitzer, Dienstag, 23. Januar, vorm. 10 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Cole Hotel. Tagesordnung: Der neue Jugendrat.

Metallerbeiter. Alle der Gruppe 8 (Eisen- und Metallgewerbetriebe, Kupfer, Messing, Drahtgewerbe u. dergleichen) angehörigen Delegierte, Betriebsräte und Vertrauensleute. Am Sonntag, 23. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr, in der Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 176, Gruppenversammlung. Erscheinen Pflicht.

Internationaler Bund der Kriegspolizei Deutschlands, Seifert Nordweg 2. Montag, 21. Januar, Bezirksversammlung im Aktusaal, Verlegerer Straße.

Reinliche Privatreue. Mittwoch, 25. Januar, öffentliche Versammlung im Lokal am Schütz, Buch.

Gen. Arbeiterjugend-Gesellschaften, heute, abends 7 Uhr, in der Wilmersberg-Schule, Gorkowskistr. 2, Zimmer 1, part. links, Sitzung.

Charlottenburg. Volks-Heuerbehalterverein Groß-Berlin, Montag, 24. Januar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Kohnenstr. 3, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über die letzte Mitgliederversammlung. Referent: Kollege Klübb. Wahlen. Verschiedenes.

Touristen-Verein „Die Naturerben“, Hbl. Norden. Sonnabend abends 7 Uhr großer Bildvortrag „Wald-Wanderfahrten in der Mark Brandenburg“ des Gen. Kranz in der Aula, Gleimstr. 49. Eintritt 1 M. Umlauf 6 1/2 M.

## Lebensmittelkalender

Berlin. Auf den Abschnitt 85 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 125 Gr. Teigwaren zum Teile von 2 M. (8 M. je Pfd.). Die Karte abzugeben bis Freitag, den 21. bis Montag, den 24. Januar bei den Klein-handlern abzugeben.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabisch, Berlin. Gesamtverantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kammerer, Berlin. Verlagsgesellschaft „Arbeiter“ v. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Arbeiter“-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 7. Breite Straße 50.

INVENTUR-VERKAUF

# Restbestände und Gelegenheitsposten

andere

kommen in fast allen Abteilungen

## ganz enorm billig zum Verkauf

# Freitag und Sonnabend

# Schlusstage

# HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse

Alexanderplatz

Allein-Vorverkauf für Zirkus Sarrasani

**Kupfer**  
**Rotguss**  
**Messing**  
**Zinn, Blei usw.**  
kauft  
**Wiemer**  
Vascastraße 3  
an der Schmiedehofstraße (11. H.) und  
Gorkowskibrücke.

**Wettwische billig** (Wetterer  
Wochen angehaubter Bezüge und  
Kissen, Garnitur etc., Kaschmere  
106.-, Zahren etc., Anleits  
145.-, Wollschafwolle etc.  
u. dergl., Gesticke etc. neu  
bedruckt (Halsbänder), Selbst  
bis 2.-  
30 Prozent Rabatt auf  
leicht beschädigte Wäcker und  
Wandtapeten. Ausschreibung  
„Freibrief“, Breite Straße 2/3.

**Kupfer**  
**Meißing, Zinn usw.**  
**Quecksilber, Zahngelbte**  
**Marin, Gold, Silber**  
kauft  
**Blumenstr. 58**  
(Hof) Nähe Krautzstr.  
für sämtl. Metalle  
höchste Schmelzpreise

**Zeißfeldstecher**  
und ganz Photopaparate mit  
Zolloptik werden häufig  
zu kaufen gesucht  
Photograph Steinhilber,  
Berlin W 9, Potsdamer Str. 125  
(11. H. am 2569).

**Selbst-  
Hilfe**  
**Der kleine  
Samariter**  
hilft zur Selbsthilfe bei  
leichten Krankheiten und  
gibt Behandlungsvorschläge  
bis 1. Erscheinen des Arztes  
bei schweren Krankheiten  
Mit Anhang:  
Katalog u. Einrichtung einer  
**Hausapotheke**  
Preis 1,50 Mk.  
Verhöden  
Schulen  
Krankenhäuser  
Fabriken  
Organisationen  
begg. bereits große Partien  
Bestellen Sie sofort  
bei der  
Buchhandlung „Freiheit“  
Berlin C 2, Breite Str. 8/9

**Kaufen Sie**

**Dixin**  
von Henkel

bestes  
**Seifenpulver**  
Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:  
**Henkel & Cie., Düsseldorf.**

**KVG** Kleiderverwertungs-Gesellschaft. Kommandantenstr. 80-81  
Filiale: Berlin O, Warschauer Strasse, Ecke Memeler Strasse  
Geöffnet von 9 bis 6 Uhr :: Warschauer Straße 9 bis 7 Uhr

## Billige Kleidung

Herren-Jackets wiederberge- stellt . . . . . 25 <sup>00</sup>	Herren-Westen wiederberge- stellt . . . . . 8 <sup>00</sup>	Herren-Anzüge neue . . . . . 85 <sup>00</sup>	Reinwoll. Cheviot-Jackets 95 <sup>00</sup>	Herren-Unter gule Arbeit 175 <sup>00</sup>	Herren-Hosen neu, 78., 80., 35 <sup>00</sup>	Herren-Stiefel neu, mit Leder- sohlen . . . . . 48 <sup>00</sup>	Gewasch. Dreihosen neu, gule Watte 3 <sup>00</sup>	Jünglings-Paletots neu, gule Watte 80 <sup>00</sup>				
Hemdentuche Meter 7 <sup>50</sup> 11 <sup>50</sup> 12 <sup>50</sup> 14 <sup>00</sup>	Nemden - Flanelle Meter 10 <sup>50</sup> 13 <sup>75</sup> 14 <sup>75</sup>	Nessel für Hemden, Meter 9 <sup>50</sup> 10 <sup>50</sup> 12 <sup>50</sup>	Nessel in Doppelbreite, 250 cm, Meter 12 <sup>50</sup>	Damen-Mäntel gule Verarbei- tung . . . . . 48 <sup>00</sup>	Damen-Blusen gule Verarbei- tung . . . . . 19 <sup>00</sup>	Damen-Kleider gule Verarbei- tung . . . . . 78 <sup>00</sup>	Damen-Jackenkleider s. Ver- arb. v. 80 <sup>00</sup>	Kleiderrücke schwere Stoffe, v. 23 <sup>50</sup>	Woll. Damenwesten m. Aerm. 22 <sup>50</sup> n. Aerm. 22 <sup>50</sup>	Damen-Strümpfe 10.50, 8.50, 7 <sup>25</sup>	Herren-Socken . . . . . 10.50, 8.50, 3 <sup>00</sup>	Handschuhe für Damen u. Herren 5 <sup>00</sup>
				Herren-Hemden 34 <sup>00</sup>	Damen-Hemden 24 <sup>00</sup>		Kind-Hemden von 1 <sup>90</sup> an					
				Gardinen - Stoffe 90 cm breit . . . . . Meter 7 <sup>50</sup>		Futterstoffe 140 cm breit . . . . . Meter 12 <sup>50</sup>		Taschentücher . . . . . Stück 1 <sup>70</sup> bis 2 <sup>10</sup>		Kleiderstoffe Doppelbreite, Meter 16 <sup>50</sup> u. 23 <sup>75</sup>		

Schuhe und Stiefel zu sehr billigen Preisen!